

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 72=92 (1926)

Heft: 4

Artikel: Betrachtungen zur Heeresorganisation in Frankreich

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-5384>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

aus, sondern sie sind gleichwertig. Wir wollen *als Bürger* alles tun, was in unseren Kräften steht, damit unsere öffentliche Meinung sich immer mehr mit Locarnogeist durchtränkt, und wir wollen es mit ehrlicher Begeisterung und mit tätigem Optimismus tun. Unsere Pflicht *als Offiziere* aber ist es, den militärischen Geist im Volke lebendig zu erhalten. Ich sage „militärisch“, wohlverstanden, und nicht „militaristisch“, und damit werde ich nicht nur den Beifall der Soldaten finden, für die ich schreibe, sondern auch den der vielen, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung für übertrieben halten. Unter militärischem Geiste verstehe ich die Vaterlandsliebe im Vereine mit dem Kraftbewußtsein eines Volkes, welches entschlossen ist, am Leben zu bleiben, und im Vereine mit der Bereitschaft, freiwillig für Verteidigung seines Grund und Bodens alle notwendigen Opfer zu bringen.

Die Kraft eines Heeres beruht auf dem militärischen Geiste, der die Soldaten beseelt, aus denen es sich zusammensetzt. Die Heere des Auslandes haben gut schwere Kanonen und Panzerwagen häufen. Wir ahmen ihnen die immer riesiger anschwellende Bereitstellung von Material nicht nach. Und doch wird uns das Ausland nicht besiegen, wenn wir in unserem Volke den militärischen Geist aufrecht zu erhalten wissen.

Unsere Pflicht ist es, diesen gesunden und starken Geist aufrecht zu erhalten, damit die ungestörte, nie stillstehende Entwicklung des Geistes von Locarno gesichert sei.

Unsere Pflicht ist es, das schon so alte Paradoxon, welches die Schweiz heißt, und welches für Europa eine hohe Notwendigkeit ist, der Zukunft zu sichern. Das haben unsere Soldaten begriffen, am 3. August 1914, als Europa selbstmörderisch gegen sich aufstand. Sie haben begriffen, daß unser Vaterland ein Europa im kleinen ist, weil es das europäische Problem gelöst hat. Deshalb müssen wir es am Leben erhalten, dieses Vaterland, für uns — und auch für die andern, damit sie eines Tages durch unser Beispiel des Willens, des *guten* Willens, gewonnen werden; wir wollen es erhalten mit seiner Mischung feindlicher Rassen und widerstrebender Interessen; eine wundervolle Aufgabe, für die es sich wohl verlohnte zu sterben — wie Robert Moulin sagt: „Non seulement pour le présent et pour le passé — pour la Famille et pour la Patrie — mais pour l'avenir aussi, pour l'avenir meilleur de tous les hommes.“

Castagnola, 1. Januar 1926.

Betrachtungen zur Heeresreorganisation in Frankreich.

(Redaktion.)

«Le projet de réorganisation militaire déposé à la Chambre par M. Painlevé est orienté vers la constitution d'une armée dont les deux caractéristiques fondamentales sont: en temps de paix, faible

effectif et service actif réduit; en temps de guerre, une masse d'unités nouvelles, composées de réservistes. En fait, *une armée de tendance milicienne*.

«Qu'on en soit ou non partisan, il nous faudra en arriver là tôt ou tard. C'est dans l'air. Nous y sommes poussés d'une manière à peu près inéluctable par nos changements sociaux, nos besoins de relèvement économique, les exigences de notre politique intérieure, le vent qui nous vient de l'étranger, l'évolution générale des idées à la suite de la Grande Guerre. Il faut donc en prendre son parti et s'arranger pour que la défense nationale n'ait pas trop à en souffrir.»

„La France Militaire“, 19. Mars 1926.

In Frankreich spielt sich zur Zeit eine Entwicklung ab, welche mehr als nur aktuelles Interesse weckt.

Die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges ist — wenn nicht alles täuscht — einer jener dicken Striche durch die Weltgeschichte gewesen, welche die Nachwelt als Grenzen zwischen großen Abschnitten im Leben der Völker festhält.

Vieles, was vor 1914 zu den vermeintlich unverrückbaren Fundamenten der Staaten gerechnet wurde, ist ins Wanken geraten oder in Frage gestellt. Vieles ist in dem wilden Wirbel des Krieges verloren gegangen und kann nicht durch einen Federstrich wieder ins Leben gerufen werden.

Die Wiederherstellung friedlicher Zustände erfordert eine gründliche Ueberprüfung mancher Einrichtung und stellt häufig die Frage, ob Anpassung des Alten genügt oder ob von Grund auf Neues geschaffen werden muß.

Es ist klar, daß dabei die *militärischen Einrichtungen* in allererster Linie stehen. Sie sind naturgemäß durch den langen Krieg am stärksten auf die Probe gestellt und aufgewühlt worden. Manches hat sich bewährt, anderes hat versagt, wieder anderes ist im Drange der Not geändert worden und will sich nicht in die friedlichen Verhältnisse einfügen lassen.

Auch in unserem Wehrwesen, obwohl es die höchste Prüfung des Krieges nicht zu bestehen hatte, macht sich das Bedürfnis nach Anpassung an die Bedingungen der Nachkriegszeit fühlbar. Wie viel mehr muß das in den Staaten der Fall sein, in denen über vier Jahre lang jeder Gedanke, jede Tätigkeit ausschließlich dem Kampfe um Sein oder Nichtsein gegolten haben, in denen die von dem gewaltigen Sturme aufgepeitschten Wogen sich heute noch nicht geglättet haben.

Es soll hier der Versuch gemacht werden, die Aufgaben, welche die Nachkriegszeit hinsichtlich der militärischen Organisation einer Großmacht stellt, und die Schwierigkeiten der Lösung in den wichtigsten Zügen zu umschreiben und das ganze Problem in seinen historischen Zusammenhang einzufügen.

Gewiß ist jede Militärorganisation im Wesentlichen nur *Form*, und nicht sie entscheidet in letzter Linie über das Schicksal der Völker, sondern der *Geist*, von dem Volk und Armee beseelt sind.

Aber die Form kann die Bildung des kriegerischen Geistes, des Willens zum Aushalten, zum Siege, hemmen oder fördern, und darum ist sie nicht gleichgültig. Und außerdem ist sie für den Außenstehenden vielfach das Einzige, an dem der kriegerische Geist und Wille eines Volkes im Frieden *erkennbar* ist.

Darum ist es für jeden Soldaten, auch wenn er die Entwicklung der fremden Heere nicht von Amteswegen zu verfolgen hat, nützlich, sich auch mit ihrer Organisation in großen Umrissen vertraut zu machen.¹⁾

* * *

Alle Wendungen im politischen und sozialen Aufbau der Völker sind gleichzeitig von *Aenderungen der Wehrorganisation* begleitet gewesen, wobei bald das politische, bald das soziale, bald das militärische Moment Ursache oder Folge gewesen ist. Es ist von eigenartigem Reize, diese Erscheinung an einzelnen Beispielen vergleichend zu verfolgen; doch muß es hier genügen, stichwortweise die wichtigsten Entwicklungsstufen der Geschichte der heutigen europäischen Wehrverfassungen festzuhalten.

Der morschgewordene Bau des römischen Weltreiches ist über den Haufen geworfen worden von den *Volksheeren* der einbrechenden Germanen. Sie waren das „*Volk in Waffen*“, wie man es sich reiner gar nicht vorstellen kann; ihre gesamte politische und soziale Organisation war „*Militärorganisation*“; was nicht selber die Waffen führte, war im Grunde nichts anderes als eine Art von „*Train und mobile Heeresanstalten*“.

Aus dieser Zeit hat sich, bald bewußt, bald unbewußt, durch alle Jahrhunderte bis heute der Grundsatz der *allgemeinen Wehrpflicht* erhalten, der selbst in den Zeiten, wo er organisatorisch ganz vernachlässigt wurde, doch in großen Krisen immer wieder durchgebrochen ist.

Als die wandernden Kriegerstämme zu sesshaften Ackerbauern geworden waren, bildete sich die militärische Organisation in eine wirtschaftliche um: die Kommandogewalt über die Personen erweiterte sich zur Herrschaft über „*Land und Leute*“. Es entstand das *Lehenswesen*. Das komplizierte System der Lehensrechte und -pflichten schob sich zwischen den obersten Gewalthaber und die Masse des Volkes; die Zwischengewalten beruhten mehr und mehr nicht mehr auf Amtsfunktionen, hergeleitet aus der höchsten Gewalt des Herrschers, sondern auf eigenem, privatem Rechte; das militärische Aufgebot ging nicht mehr vom König an das Volk, sondern durch den Instanzenzug des Lehenssystems. Nicht mehr als Volksgenosse griff der Bauer zum Spieße, sondern nur noch als Gefolgsmann seines Lehensherrn.

¹⁾ Vorsichtshalber sei hier ausdrücklich bemerkt, daß zu der vorliegenden Arbeit keinerlei Unterlagen benützt worden sind, welche nicht *jedermann* ohne Weiteres zugänglich sind.

Der Lehensherr lebte von der Arbeit seiner Bauern, durfte sie also nicht alle Augenblicke vom Pfluge wegrufen. So entstand das *Ritterheer*, eine kleine, bevorzugte Klasse von Berufskriegern, welche die unaufhörlichen Fehden und Kriege als eine Art vornehmen Sportes besorgten. Das Volksaufgebot wurde selten. Es erhielt sich in einigen Landschaften — wie den heutigen schweizerischen Landkantonen — oder tauchte nur als Ausnahme in höchster Not hie und da wieder auf. *Das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht geriet in Vergessenheit.*

Aus dem Lehenswesen entstand die *Territorialherrschaft*; langsam vollzog sich die Scheidung von öffentlichem und privatem Lehensrecht; die Gewalt des Lehensherrn wurde in den obersten Schichten des Aufbaus zur absoluten Herrschergewalt über Land und Leute, in den unteren zum Privatrecht. Dem Streben der großen und kleineren Herrscher nach unbeschränkter Gewalt, besonders auch im Kriege, widerstand die Schwerfälligkeit und Unzuverlässigkeit des Lehensheeres; die Erfindung des *Schießpulvers* stellte ganz neue taktische und organisatorische Anforderungen; mehr und mehr kamen die Territorialherren auf die Lösung, den Lehensmann und Untertanen nur noch zu Steuern heranzuziehen und aus diesen Einkünften *Söldnerheere* anzustellen.

Natürlich darf man sich diese Entwicklung nicht gradlinig und konsequent vorstellen. Wie sich das alte Volksheer mancherorts — z. B. in der Schweiz — bis auf den heutigen Tag erhalten hat, so gelang anderwärts — z. B. im „heiligen römischen Reiche deutscher Nation“ — die endgültige Ueberwindung des Lehenssystems erst sehr spät; auch rückläufige Bewegungen kamen vor, wie die Wiederaufnahme der alten allgemeinen Wehrpflicht in den Zunftverfassungen der Städte, und selbst in der „Blütezeit“ des Söldnerheeres, dem 17. Jahrhundert (Dreißigjähriger Krieg) ist die Anwerbung nie restlos Anstellung von Freiwilligen gewesen, sondern die gewaltsame Aushebung („compulsory service“ nennt der Engländer noch heute die allgemeine Wehrpflicht) hat immer eine mehr oder weniger große Rolle gespielt.

Die Armeen der Großstaaten des 18. Jahrhunderts waren wohl ihrer Organisation, ihrer Mentalität und ihrer Verwendung nach Söldnerheere, bestanden aber bereits zu einem namhaften Teile aus *ausgehobenen* Mannschaften. Aber am *lebenslänglichen Berufsdienst* wurde strikte festgehalten, sowohl für Truppe wie für Cadre. Infolgedessen blieben die Heere noch klein, weil sie kostspielig und Verluste schwer zu ersetzen waren. Dies führte zu der merkwürdig gezwungenen Kriegskunst dieses Jahrhunderts, welche Verluste scheute und die Entscheidung weniger in der Schlacht, als in gelehrten Manövern gegen die Verbindungen des Gegners suchte. Truppe und Offiziere waren nicht mehr Träger des politischen Gedankens des Krieges, sondern nur noch Werkzeug; das Kriegsziel interessierte sie wenig oder gar nicht. Der

Berufsoffizier wechselte die Fahne wie eine Privatstellung; ganze Truppenkörper ließen sich ausleihen oder verkaufen, Gefangene und Deserteure des Feindes wurden in die eigenen Reihen eingestellt usw.

* * *

Im Gegensatze zu der bisher skizzierten Entwicklung welche sich mit vielen Inkonsequenzen und Rückschlägen durch Jahrhunderte hindurchschleppte, trat mit der *französischen Revolution* ein plötzlicher, radikaler Umschlag ein: Mit dem absoluten Königtum brach in Frankreich auch das alte königliche Heer zusammen. Die äußere Gefahr und der gewaltige demokratische „Auftrieb“ im Innern, das neuerwachte Interesse der Massen am Staate und an seinem Schicksal, führten zur *allgemeinen Wehrpflicht* zurück. Die *Massen*, der „Elan“ des französischen Volksheeres erwiesen sich als stärker als die kunstvoll gefügten Berufsheere der Monarchien, und in Napoleons gewaltiger Hand fegten sie 15 Jahre lang alles, was sich ihnen entgegenstellte, hinweg. Erst als die Gegner selber zur allgemeinen Wehrpflicht zurückkehrten, konnten sie Frankreich wieder in seine Grenzen drängen.

In den Jahren 1813 bis 1815 standen wieder, wie seit Jahrhunderten nicht mehr, ganze Völker in Waffen gegeneinander. An Stelle des kunstvollen Schachspiels der Kabinettskriege, mit kleinen Berufsheeren als Figuren, war wieder die elementare Gewalt des Existenzkampfes der Völker getreten, bei dem kein waffenfähiger Mann als unbeteiligter Zuschauer bei Seite stehen wollte und durfte.

Von den europäischen Großstaaten hat nur *England* diese Entwicklung nicht mitgemacht. Seine Seeherrschaft gestattete ihm, den Krieg auf dem Kontinente mit seinem Berufsheere und mit in seinem Solde stehenden fremden Truppenteilen zu führen.

* * *

Die kontinentalen Mächte gaben nach der Niederwerfung Napoleons das Werkzeug, dessen gewaltige innere Kraft sie erprobt hatten, nicht mehr aus der Hand. Ueber hundert Jahre lang blieb die *allgemeine Wehrpflicht* die Grundlage der militärischen Organisation Europas.

Gewiß walteten in ihrer *Anwendung* noch jahrzehntelang große Unterschiede, da man zunächst noch aktive Heere mit langer Präsenzzeit und verhältnismäßig vielen Berufssoldaten (Stellvertretung) beibehalten zu müssen glaubte, ja vielfach noch eigentliche Söldnertruppenteile unterhielt (Schweizerregimenter in Frankreich und Neapel) und die Volksaufgebote nur als Reserven für den Notfall betrachtete, ihre Friedensvorbereitung häufig stark vernachlässigte. Das Beispiel Preußens und der vom nationalen Geiste der Massen getragene Zusammenschluß von Deutschland und Italien führten aber schließlich zu einem in den Grundzügen überall gleichen System:

Allgemeine Wehrpflicht ohne Befreiung der oberen sozialen Klassen, die lange noch verschont geblieben waren.

Präsenzzeit im aktiven Heere von 2—3 Jahren, dann nur noch Verpflichtung zum Kriegsdienst (meist mit kurzen Friedensdienstperioden) als Reserve, nachher als Landwehr und Landsturm (französisch *armée territoriale* und *réserve de l'armée territoriale*).

Berufscadres für das aktive Heer, im Kriegsfall ergänzt durch inaktive Cadres.

In den ersten Jahren nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 wurde diese Entwicklung im Wesentlichen abgeschlossen. *Grundsätzliche* Unterschiede bestanden kaum mehr, sondern nur noch solche in der *Ausschöpfung* des Prinzips, ja nach den inneren politischen und ökonomischen Widerständen.

Im Gegensatz zu diesem Wehrsystem blieb einerseits *Großbritannien*, welches den Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht nicht tat und sich damit begnügte, neben seinem Berufsheere auf dem Boden der Freiwilligkeit eine Territorialarmee aufzustellen, damit aber im Frieden nicht sehr weit gekommen ist, und andererseits die *Schweiz*, welche zwar ihre althergebrachte Wehrverfassung im Sinne der restlosen Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht ausbaute, aber die Friedensdienstzeit sehr (allzu) sparsam beschränkte und kein Berufscadre aufstellte. Die Wehrverfassungen der übrigen kleinen und mittelgroßen Staaten Europas bildeten eine bunte Musterkarte von Zwischenformen zwischen dem schweizerischen reinen Milizsystem und demjenigen der kontinentalen Großmächte, meistens in der Form des sog. „*Cadreheeres*“, bei dem ein Berufsoffiziers- und -unteroffizierskorps bestand, welches die Ausbildung der Milizen in mehr oder weniger langen Dienstperioden besorgte und bei der Mobilmachung das Gerippe des aufzustellenden Milizheeres bildete.

Die wesentlichen *grundsätzlichen* Unterschiede unseres Milizheeres gegenüber den Heeren der Großstaaten bildeten:

1. Das Fehlen eines ständig unter der Fahne stehenden Heeres-teiles („*Friedensstand*“), welcher als erster Grenzschutz und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ohne weiteres zur Verfügung stand.

2. Das Fehlen eines *Berufscadres*.

Aber das sog. „stehende Heer“ war im Laufe des 19. Jahrhunderts doch mehr und mehr von einer selbständigen Truppe zum *Ausbildungsinstitut der Reservemassen* geworden, und nach und nach kam man davon ab, die *Friedenspräsenzzeit* länger zu halten, als die *Ausbildung* erforderte. Es bestand eine deutliche Tendenz zur Verringerung des Abstandes zwischen dem stehenden Heere und unserem Milizsystem: Im Laufe des Jahrhunderts vom Pariserfrieden 1815 bis zum Weltkrieg 1914 ist die Friedensdienstzeit bei uns schrittweise, wenn auch sehr langsam, verlängert worden, während in den Großstaaten die Präsenzzeit ständig zurückging.

Die finanzielle und wirtschaftliche Last der Heere der Großstaaten begann drückend zu werden, und man sah den Moment herannahen, wo die unerträgliche Spannung sich in irgend einer gewaltigen Katastrophe entladen oder durch einen großen Schritt in der Richtung des Milizsystems gelöst werden mußte.

* * *

Im Jahre 1914 brach die Katastrophe aus: die Wehrverfassungen der festländischen Großmächte haben die Probe im ganzen genommen glänzend bestanden. Versagt hat — außer den Systemen einiger Mittelstaaten, vor allem Belgiens — die Wehrverfassung *Großbritanniens*: das Berufsheer verblutete in wenigen Monaten; die Freiwilligkeit vermochte, trotz glänzenden Leistungen, den Anforderungen nicht zu genügen, und zum ersten Male seit Jahrhunderten mußte auch das Inselreich zur Zwangsaushebung übergehen. Die dafür erforderliche Zeit mußten die Verbündeten, insbesondere Frankreich, mit Blut erkaufen.

In einem Punkte aber haben auch die Wehrverfassungen der kontinentalen Mächte nicht genügt: In ihren Berufscadres steckte noch ein zu starker Rest veralteter Anschauung in dem Sinne, daß man *relativ* zu viel auf die „aktive“ Armee zählte und zu wenig auf die Reserven. In allen Staaten hat man bei der Mobilmachung 1914 der durch die jüngsten Reservejahrgänge aufgefüllten Friedensarmee zuviel Berufscadres gelassen und dadurch die Aufstellung der weiteren Reserven und die Ausbildung des Ersatzes zu sehr erschwert.

Es fehlt nicht an gewichtigen Stimmen, welche — allerdings *ex post* — die Ansicht verfechten, man hätte von Anfang des Krieges an die aktive Armee in viel stärkerem Maße nur als Gerippe des Massenaufgebotes behandeln, ganz auf die Reserven und Ersatzreserven verteilen sollen.

Jeder aktive Kompagniechef, der vorne fiel, fehlte hinten als Bataillonskommandant, usw.; die *Reservecadres* genügten zunächst nirgends, weder der Zahl noch der Qualität nach.

Wohl hatte man schon im Frieden längst erkannt, daß die Berufscadres zur Führung der Massenaufgebote im Kriege niemals ausreichen konnten. Es war nicht möglich, im Frieden so starke Berufscadres anzustellen und nutzbringend zu beschäftigen, daß man im Kriege ohne inaktive Cadres hätte auskommen können.

Aber die Aufstellung genügender Reservecadres im Frieden war nirgends gelungen; es fehlte an hinreichendem Anreiz zur Uebernahme der notwendigen vermehrten Dienstleistung; die Stellung des Reserveoffiziers gegenüber dem Berufsoffizier blieb unbefriedigend, die Avancementsmöglichkeit bescheiden.

Erst im Kriege konnte diesem Uebelstande einigermaßen abgeholfen werden, und die inaktiven Cadres haben mit der Zeit einen

gewaltigen Umfang angenommen. Da die geeigneten Elemente ohnehin dem Zivilleben entzogen waren, standen sie ohne weiteres auch zur Ausbildung für die Führerstellen zur Verfügung, und die Kriegserfahrung glich die Qualitätsunterschiede zwischen ihnen und den Berufsoffizieren mehr und mehr aus.

So hat eigentlich erst der lange Krieg selber die restlose Durchführung der seit Jahrzehnten bestehenden Wehrorganisation ermöglicht, allerdings unter Verhältnissen, welche in Friedenszeiten kein Volk auf die Dauer auszuhalten imstande wäre.

Der Weltkrieg ist schließlich mit — immerhin kriegsgewohnten — *Milizheeren* unter *Berufsgeneralen* zu Ende gekämpft worden . . .

* * *

Mit dem *Ende des Weltkrieges* hat diese Entwicklung einen jähen Abbruch erfahren.

In den *besiegten Staaten* durch den Machtspruch der Sieger (Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien) oder durch inneren Zerfall (Rußland), in den *Siegerstaaten* durch die bloße Tatsache der *Demobilmachung*, durch welche die Armeen sich mit einem Schlage nicht bloß aller ältern, kriegsgewohnten Mannschaftsjahrgänge, sondern auch eines sehr großen Teiles der im Kriege herangebildeten Cadres beraubt fanden, die ins Zivilleben zurücktraten.

Das *Britische Imperium* und die *Vereinigten Staaten von Nordamerika* kehrten einfach zu ihrer Vorkriegsorganisation zurück, stellten ihre Söldnerheere wieder her und entließen die Milizen. Allerdings sind beide Mächte bestrebt, die Erfahrungen der Kriegszeit zu verwerten und die Aufstellung von Massenheeren für die Zukunft besser vorzubereiten, als das vor dem Weltkriege der Fall gewesen ist; aber zu einer entscheidenden Aenderung im System ist es noch nicht gekommen, und es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß es überhaupt dazu kommen wird.

Den *besiegten Staaten* sind (eine Idee des anglo-amerikanischen Gedankenkreises) kleine *Berufsheere* aufgezwungen worden, welche bestimmungsgemäß nicht als Rahmen von Massenaufgeboten organisiert werden dürfen. Die Aufstellung irgendwelcher Reserven ist verboten und praktisch unmöglich gemacht. Selbst das kleine erlaubte Heer ist wichtiger Waffen beraubt und zu einer ernsthaften Landesverteidigung gegen außen vollkommen ungenügend.

Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Typus der Wehrorganisation Aussicht auf Bestand hat; er ist von Außen aufgezwungen und wird nicht länger halten, als der Druck, der ihn geschaffen hat, wenigstens solange nicht, als mindestens Europa sich zum Kriege als Mittel der Politik nicht ganz anders eingestellt haben wird, als es bisher — und zwar seit Menschengedenken — der Fall gewesen ist. Darum bietet dieses System für die grundsätzliche Betrachtung auch wenig Interesse.

Viel wichtiger sind die Maßnahmen derjenigen Staaten, welche sich ohne äußeren Zwang nach freiem Ermessen und Bedürfnis einrichten in der Lage sind. Dahin gehören in erster Linie *Frankreich* und *Italien*, dann die große Zahl der alten und neuen Mittelstaaten, endlich *Rußland*, über dessen Militärorganisation wir aber nicht genügend orientiert sind.

Wir beschränken unsere Betrachtung heute auf *Frankreich*; nicht bloß, weil es — wieder einmal in der Geschichte — weitaus die stärkste Militärmacht des europäischen Festlandes ist, sondern auch, weil uns scheinen will, daß es vor einer außerordentlich bedeutungsvollen Entscheidung steht, vielleicht im Begriffe ist — ebenfalls „wieder einmal“, wie vor mehr als 130 Jahren — eine *neue Entwicklung der Wehrverfassung* einzuleiten.

* * *

Frankreich ist bekanntlich *vor dem Weltkriege* diejenige Großmacht gewesen, welche — nach den bitteren Erfahrungen von 1870/71 — den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht am konsequentesten durchgeführt hatte.

Unter dem Druck seiner abnehmenden Bevölkerungszahl gegenüber der stetig wachsenden Deutschlands hat es die Wehrkraft seines Volkes weitaus am stärksten ausgeschöpft. Es ist sogar, entgegen der natürlichen Entwicklung seit 1815, noch im Jahre 1913 von der 1905 eingeführten zweijährigen zur *dreijährigen Präsenzzeit* im aktiven Heere zurückgekehrt, indem es die Aushebung um ein Jahr vorrückte. (Bei Ausbruch des Weltkrieges war allerdings noch keine im dritten Jahre dienende Altersklasse vorhanden, weil die verlängerte Dienstzeit erst die im Herbst 1914 einzustellenden Rekruten treffen sollte; dafür waren im August 1914 neben dem zweiten Jahrgang zwei Rekrutenjahrgänge vorhanden, welche sich dem Ende ihres ersten Dienstjahres näherten.)

Gesetzlich war somit seit 1913 die Wehrpflicht wie folgt geordnet:

Altersjahre	Heeresklasse	Jahre
20.—22.	Aktive Armee	3
23.—33.	Reserve	11
34.—40.	Territorialarmee	7
41.—47.	Reserve der Territorialarmee	7
<hr/>		
20.—47.		28

Im Kriegsfall sollten die 19jährigen sofort ausgehoben und alle noch dienstfähigen Mannschaften über 47 Jahre wieder einberufen werden.

Die Verwendung frontdienstuntauglicher Leute in hinterer Linie war in weitgehender Weise vorbereitet (*services auxiliaires*).

Außerdem standen über 80,000 Mann Fremdenlegion und Eingeborenentruppen aus Afrika mit einigen zehntausend Mann Reserven zur Verfügung.

Nach deutschen Angaben²⁾ gelang es Frankreich auf diese Weise, mit seinen 39 1/2 Millionen Einwohnern 882,500 Mann *Friedensstand* (wovon 797,000 Franzosen = 2% der Bevölkerung) aufzustellen und 4,364,000 Mann *Kriegsstärke* (wovon zirka 4,165,000 Franzosen = 10 1/2% der Bevölkerung!).

Als Vergleichszahlen stellen wir daneben:

*Deutschland 1914:*³⁾

67 Millionen Einwohner.

Friedensstärke 761,000 Mann = 1,13%

Kriegsstärke 3,900,000 „ = 5,8%

Schweiz 1914:

3,9 Millionen Einwohner.

Größtes Aufgebot 1914:⁴⁾

Feldarmee (31. August) 217,550 Mann

Landsturminfanterie (20. August) 27,000 „

Pferdedepots (20. August) 3,240 „

Total 247,790 Mann

= 6,35% der Bevölkerung (wobei zu beachten ist, daß in der Einwohnerzahl bekanntlich unverhältnismäßig viel Ausländer enthalten sind: auf zirka 3,2 Millionen Schweizer ergibt das obenstehende Aufgebot etwa 7,4%; dabei sind dann allerdings wieder die Auslandsschweizer nicht gerechnet!⁵⁾)

Wir finden, daß sowohl in Frankreich als in Deutschland die Kriegsstärke etwa das *Fünffache* der Friedensstärke betrug.

Aber viermal soviel *Reservcadres* als Berufscadres waren nicht vorhanden, und der Qualitätsunterschied war sehr bedeutend. Die Ausbildung von *Reserveoffizieren* war in Frankreich immer auf große Schwierigkeiten gestoßen. Das deutsche Mittel, die Stellung des Reserveoffiziers durch gesellschaftliches Ansehen und Begünstigungen in der Zivilverwaltung begehrenswert zu machen, ja das Streben danach bis zu einem gewissen Grade zu erzwingen, stand nicht zur Verfügung, und die langjährigen unerquicklichen Reibungen im aktiven Offizierskorps zwischen Klerikalen und Freisinnigen mögen abgeschreckt haben. Hauptgrund war wohl die französische Abneigung gegen Einordnung in eine strenge Disziplin, solange keine unmittelbare Dandegesfahr sichtbar vor Augen stand.

²⁾ Schwarte: „Der große Krieg“. Bd. I, S. 52 ff. Leipzig 1921.

³⁾ A. a. O., S. 93.

⁴⁾ Bericht des Generalstabschef an den General, S. 213 ff. Zürich 1919.

⁵⁾ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1914, S. 10.

Daß bei uns tausende von Bürgern im tiefsten Frieden vermehrte Lasten und große materielle Opfer bringen, „nur“ um Milizunteroffizier und -offizier zu werden und zu avancieren, ist dem französischen Berufsoffizier eigentlich immer als das größte Rätsel an unserem Wehrwesen erschienen.

Die Gerechtigkeit erfordert hervorzuheben, daß auch in Frankreich die zu Offizieren und Unteroffizieren geeigneten Zivilisten sich dann *im Kriege* zahlreich zur Verfügung gestellt und ihre Pflicht vollkommen erfüllt haben. Aber es hat Zeit gebraucht, bis der Friedensrückstand ausgeglichen war, und Zeit kostet im Kriege immer auch Blut . . .

* * *

Das *Kriegsende* stellte Frankreich vor eine Aufgabe, deren Schwierigkeit und Unübersichtlichkeit man sich nur schwer vorstellen kann.

Im Kriege hatte man naturgemäß nicht viel Rücksichten auf die gesetzliche Organisation genommen. Man hatte Bestände geändert, neue Einheiten und Truppenkörper, ja ganz neue Waffengattungen aufgestellt, Verbände zerrissen und neue zusammengefügt. Ein Unterschied zwischen den Altersklassen, zwischen aktiven und inaktiven Cadres wurde bei Verwendung und Einteilung nicht mehr gemacht; das Material war zu einem großen Teil erneuert, vermehrt worden usw.

Eine einfache Zurückführung der Armee von 1918 auf den gesetzlichen Stand von 1914 war ganz unmöglich.

Natürlich bestand das Bestreben, so rasch als möglich die älteren Jahrgänge zu entlassen, die zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und der verheerten Gebiete dringend nötig waren.

Aber auf der anderen Seite mußte man in Deutschland, im europäischen Osten, in Marokko, Kleinasien noch erhebliche mobile Kräfte behalten und gleichwohl Mittel und Wege finden, möglichst rasch Rekruten auszubilden, um die kriegsgedienten Mannschaften entlassen zu können. So kam man sofort zu einem „System der Aushilfen“ und — aus ihm überhaupt nicht mehr heraus. Man verstärkte die Aushebung und Anwerbung von Afrikanern und Fremdenlegionären, suchte Franzosen zum „rengagement“ (freiwillige Dienstleistung über die gesetzliche Zeit hinaus) zu gewinnen . . . Es nützte nicht viel, und man kam über den Uebelstand nicht hinweg, daß die mobilen Truppen im Auslande und die vielen „Missionen“ die Berufscadres und die älteren aktiven Mannschaften aufzehrten, so daß die Cadres und Bestände der demobilen Truppen in der Heimat bedenklich sanken; der Rekruten wurden zuviele, der „alten Leute“ und Cadres zu wenig, so daß die Ausbildung empfindlich leiden mußte. Noch heute liest man oft, daß die damaligen Rekrutenjahrgänge — jetzt längst Reservisten — unter diesen Umständen eine ganz ungenügende Ausbildung erhalten hätten.

Die Wiederherstellung einigermaßen stabiler Verhältnisse ist bis heute noch nicht gelungen. Die personelle und ökonomische Erschöpfung des Landes, die Zerrüttung der Finanzen, ewigen Wechsellern unterworfenen innen- und auöerpolitischen Zustände, Kriegsmüdigkeit, pazifistische und antimilitaristische Strömungen bildeten keinen fruchtbaren Boden für den Wiederaufbau der Heeresorganisation.

* * *

Ueber eines allerdings war man von vornherein einig:

Die *Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht* und die *Abschaffung der dreijährigen Präsenzzeit*. Aber es erwies sich sofort, daß die Reduktion der Präsenzzeit an die Fundamente der Vorkriegsorganisation rührte, und es entfachte sich ein heftiger Streit darüber, ob diese erhalten werden sollte, könne und müsse, oder ob ein grundsätzlicher Neubau notwendig sei.

Um die heutige Situation zu verstehen, ist es nötig, kurz die Geschichte dieser Reorganisationsbewegung zusammenfassen.⁶⁾

Schon anfangs 1920 debattierte die Deputiertenkammer wiederholt und lebhaft über die Frage der Präsenzzeit; man sprach von einem Jahre und noch weniger, kam aber zu keiner Einigung. Immerhin wurde der Jahrgang 1918 vor Ablauf seines dritten Dienstjahres entlassen und damit der Abbau der Dienstzeit eingeleitet. Natürlich hatte diese Maßnahme erneute Nöte mit den Beständen zur Folge.

Im November legte der Kriegsminister Lefèvre das Projekt eines *Rekrutierungsgesetzes* vor, wonach die Präsenzzeit auf 2 Jahre festgesetzt wurde; die Vorlage ging von dem Grundgedanken aus, die Einheiten und Truppenkörper unverändert zu erhalten; eine stärkere Reduktion der Präsenzzeit war deshalb nicht möglich. Der Entwurf stieß sofort auf allgemeinen Widerstand und mußte zurückgezogen werden.

Im Dezember kam er wieder zum Vorschein; die Dienstzeit sollte nur noch 1½ Jahre betragen; als Übergang sollte es aber bei 2 Jahren verbleiben, bis es gelungen sein werde, 80—100,000 Rengagés (inkl. Unteroffiziere und Offiziere), 300,000 Mann Farbige und ein ganzes Heer von Zivilisten für die Hilfsdienste aufzustellen. Die Gesamtdienstzeit sollte von 28 auf 30 Jahre verlängert werden. Kriegsminister Lefèvre reichte die Vorlage beim Parlament ein und — demissionierte am folgenden Tage!

Im Juni 1921 wurde eine Gesetzesvorlage über „*les effectifs*“ eingebracht und kurz darauf eine über das *Avancement*. Sie wanderten in die Kommissionen. Erst im *Frühjahr 1922* kam das Rekrutierungsgesetz vor die Kammer; im April beschloß sie die 1½-

⁶⁾ Der schweizerische Leser orientiert sich darüber wohl am raschesten in den „*Chroniques françaises*“ der „*Revue Militaire Suisse*“ seit 1920, eingehender in der „*France militaire*“. Umfassende Abhandlungen finden sich in allen übrigen in unserer Nr. 3/1926 angegebenen französischen Militärzeitschriften.

jährige Dienstzeit. Das Gesetz wurde aber erst im folgenden Jahre auch vom Senat angenommen und trägt das Datum des 1. April 1923. Dabei hatte der Senat die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß man recht bald zur einjährigen Dienstzeit übergehen werde; die Verlängerung der Dienstpflicht von 28 auf 30 Jahre lehnte der Senat ab.

Im Juni 1923 wurde der Jahrgang 1922 entlassen, die 1½-jährige Dienstzeit also kurzerhand durchgeführt, ohne daß die Organisation ihr im übrigen angepaßt worden wäre.

Erst anfangs 1924 nahm die Kammer das Organisationsgesetz und das Gesetz über die Cadres und Bestände an. Aber bevor die Vorlagen vor den Senat gelangten, fanden (11. Mai) Neuwahlen statt. Der neue Kriegsminister, *General Nollet*, sistierte die Beratungen vor dem Senate und erklärte, es handle sich darum, die ganze Heeresorganisation auf vollständig neue Grundlagen zu stellen; er werde neue Vorlagen ausarbeiten.

Inzwischen hatte man nämlich praktische Erfahrungen mit der 1½-jährigen Dienstzeit gemacht und festgestellt, daß sie die Vorkriegsorganisation noch vollends unterwühlt hatte.

Unter dem neuen Rekrutierungsgesetze berief man die Rekruten nicht alle auf einmal im Jahre ein, sondern je die Hälfte im Mai und im November. Die aus den obenerwähnten Gründen und infolge zahlreicher Entlassungen von aktiven Offizieren und Unteroffizieren geschwächten Cadres in der Heimat wurden überanstrengt.⁷⁾ Man stellte eigene Instruktionseinheiten auf (also etwa „Rekrutenschulen“); es half nichts, man mußte sich der Erkenntnis fügen, daß die Einführung der kürzeren Dienstzeit eine durchgreifende Neuorganisation nötig mache.

Kriegsminister Nollet erklärte, er werde die *einjährige Dienstzeit* vorschlagen und die aktive Armee nicht mehr als stehendes Heer, sondern nur als *Ausbildungsinstitut* und *Rahmen* für die „nation armée“ ausgestalten. Er brachte noch ein Gesetz über die *Reservcadres* durch, verschwand dann aber mit dem Cabinet Herriot im *Frühjahr 1925* in der Versenkung.

Sein Nachfolger *Painlevé* ließ die Organisationsfrage zunächst ruhen, dann brachte der *Ausbruch des Marokkokrieges* (Mai 1925) neue Sorgen. Wieder mußte die aktive Armee und das Berufscadre zur Aushilfe herangezogen werden. Die erste Krisis in Marokko ist schlimmer gewesen, als der harmlose Zeitungsleser gemerkt hat. Locarno und der Rückzug aus dem Ruhrgebiet hatten ihren Zusammenhang damit. Es war einfach nicht mehr möglich, sowohl in

⁷⁾ Wir können uns hier ein Zitat nicht versagen, das unsere *Instruktionsoffiziere* interessieren wird: „Dans chaque unité, les cadres subalternes s'essoufflent à reprendre à jet continu le débrouillement des recrues; ils se fatiguent d'une tâche aussi ingrate qu'ils doivent accomplir à des intervalles aussi brefs et qui ne leur laisse aucun répit, ne leur donne aucune satisfaction . . .“ R. M. S. 1924, S. 572.

Deutschland als in Marokko und schließlich auf noch in Syrien so starke mobile Armeen zu halten, ohne Reservisten einzuziehen, d. h. zu einer Teilmobilisation zu schreiten, und eine solche hätte das Parlament niemals „geschluckt“, welches sogar den Kredit für einen bitternotwendigen „Wiederholungskurs“ des Reservistenjahrganges 1920 ablehnte, der die schlechteste Rekrutenausbildung erfahren hatte.

Zwar suchte der Generalstab durch eingehende *Ausbildungsvorschriften* sanierend einzugreifen; er fand die Lösung, je zwei Einheiten oder Truppenteile (Bat., Abt.) zu kuppeln und jeden nur einmal im Jahre, *entweder* im Mai oder im November, Rekruten zuzuteilen, so daß dann immer die eine Einheit aus Rekruten, die andere aus Mannschaften im 2. und 3. Dienstsemester besteht, wobei also diejenigen des 3. Dienstsemesters zu dessen Beginn die Truppe *wechseln* müssen. Einen Turnus zwischen 3 Einheiten einzuführen, verboten die Bestände; so zog man vor, den Nachteil des Wechsels vom 2. auf das 3. Semester in den Kauf zu nehmen und „überzählig“ werdende Einheitscadres zeitweise untätig zu lassen. Eine befriedigende, dauerhafte Lösung ist das natürlich nicht.

Man hat nun gesehen, daß man die Reform am unrichtigen Ende angefangen hat, als man die für die Parlamentarier „interessante“ Frage („une question d'électeurs“) der Präsenzzeit zuerst entschied, ohne sich darum zu kümmern, daß die gesamte Organisation dafür nicht paßte.

* * *

Die Folge dieses Vorgehens war eine *Desorganisation der Armee*, für welche die militärischen Schriftsteller keinen Ausdruck zu scharf finden: „L'armée active n'est plus qu'une façade“ — „Le malaise des cadres“ — „La crise morale“ — „L'armée s'étiole“ sind Wendungen, denen man auf Schritt und Tritt begegnet.

Die auf die Hälfte reduzierten Mannschaften füllen die Bestände der aktiven Armee nicht mehr, die Ausbildung leidet darunter; alle möglichen Aufgaben, welche die alte aktive Armee schließlich noch leisten konnte (wie Verwaltungs-, Wacht- und Garnisonsdienst aller Art), entziehen die „ältern“ Leute dem Ausbildungsdienst; dafür sind zuviele Cadres ohne nützliche Beschäftigung vorhanden.

Besonders beweglich und überzeugend sind die Klagen über die Zustände im Berufscadre: der Berufsoffizier hat — auch ein Rest aus alten Zeiten — kein Wahlrecht; er kann sich nicht politisch organisieren, um seine sozialen Ansprüche geltend zu machen. Infolgedessen kommt er bei der Verteilung der Gnaden der Politiker immer zuletzt daran. Seine Besoldung ist nicht bloß hinter der fortschreitenden Geldentwertung, sondern auch hinter derjenigen der ihm vor dem Kriege gleichgestellten Zivilbeamten weit zurückgeblieben. Die ewigen Aenderungen in den organisatorischen Maßnahmen bringen ihm unaufhörliche Ver-setzungen, welche bei den mißlichen Verhältnissen auf dem Woh-

nungsmarkte große Ausgaben und Unbequemlichkeiten nach sich ziehen. Die Cadres der Besetzungarmee in Deutschland, welche eine Zeitlang mit ihren Kriegskompetenzen in „valutaschwachem Lande“ begünstigt waren, leiden jetzt umso mehr unter der Umkehrung der Geldverhältnisse und riskieren dazu erst noch, von einem Tage auf den andern nach Frankreich oder nach Marokko versetzt zu werden, oder — wenn sie schon in Marokko sind — plötzlich zu vernehmen, daß ihre Stammtruppe aus Deutschland nach Frankreich zurückgeht und infolgedessen ihre Familie irgendwo ein Obdach suchen muß . . . Kurz, in vielen Unteroffiziers- und Offiziersfamilien herrscht eigentliche Not.

Kein Wunder, daß die „rengagements“ nicht zunehmen wollen, die Berufsunteroffiziere sich ins Zivilleben flüchten, der Offiziersersatz zurückgeht!

Die Zustände schreien geradezu nach einer Neuordnung, und zwar muß diese bald kommen, soll nicht der neuen Armee der lebendige Zusammenhang mit der ruhmvollen Tradition der alten verloren gehen.

* * *

Fragen wir uns, warum man so lange Zeit braucht, um zu einer Lösung zu kommen, so ist wohl allgemein die erste Antwort, daß die *innerpolitischen Verhältnisse* des Landes daran schuld seien. Gewiß ist die *Unproduktivität* des parlamentarischen Mechanismus in Frankreich kaum je so augenfällig gewesen, wie in den letzten Jahren, und nicht bloß die Heeresorganisation, sondern auch manches andere ist schwer im Rückstand geblieben, nicht zuletzt die *finanzielle Sanierung*, von welcher natürlich auch jeder entscheidende Schritt in der Militärfrage abhängig ist.

Ebenso hemmend wirkte bis in die letzten Monate die Ungewißheit der *äußeren Lage* Frankreichs, die nur sehr allmählich abflauende Sorge vor der deutschen Gefahr.

Bei genauerer Betrachtung muß man aber feststellen, daß nicht bloß die Politiker, sondern auch die Berufsmilitärs offensichtlich Mühe haben, zu einer befriedigenden Lösung der Organisationsfrage zu gelangen.

In der Tat liegen die Schwierigkeiten der Frage tiefer; sie beginnen schon mit dem rein militärischen Problem, in den Köpfen der Berufsoffiziere selber.

Die heutigen militärischen Berater der Regierung sind die Generale, die ihre Jugend in der Zeit des geistigen und materiellen Aufschwunges in der Armee bis 1914 verlebt, dann das alte Heer in mehr als vier Jahren des schwersten Krieges aller Zeiten zum Siege geführt haben. Dieses ruhmbedeckte Heer war ihr Werk, in und mit ihm sind sie aufgewachsen und gestiegen. Wer wollte es ihnen verdenken, daß sie an seine bewährte Organisation glauben, sie nur widerstrebend

gegen eine neue von unbekanntem Werte eintauschen, namentlich aber, daß sie noch tief in den *Anschauungen* stecken, welche zu der alten Organisation geführt und in ihr geherrscht haben.

Und diese Anschauungen sind eben die des sogenannten „stehenden Heeres“, welche letzten Endes sogar noch auf das *wirklich* stehende Heer des 18. Jahrhunderts zurückgehen: die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, auch im Frieden jederzeit eine starke Macht unter der Fahne halten zu müssen; breite, zeitraubende Ausbildungsmethoden; mäßiges Vertrauen in Reservetruppen und Reservecadres, den „Dilettantismus“.

Dieser noch in den alten Anschauungen befangenen Mehrheit des Offizierkorps, insbesondere der Generalität, stehen die Vertreter der Idee der „nation armée“ gegenüber. Auch dieser Partei gehören hervorragende Generale an — wie zum Beispiel der mehrfach genannte General Nollét —; dazu kommen Reserveoffiziere, die sich im Kriege ausgezeichnet haben, zum Beispiel der vielgenannte Deputierte Colonel Fabry; dann eine größere Reihe jüngerer, aufstrebender Berufsoffiziere, denen es allerdings durch das dienstliche Verbot des Zeitungschreibens erschwert ist, ihre Stimme zur Geltung zu bringen.

Die Idee der „nation armée“ geht dahin, die bisherige „aktive Armee“ als selbständige Organisation *aufzuheben*, sie nicht mehr als „stehendes Heer“, sondern nur noch als *Ausbildungsinstitut* für die Wehrpflichtigen zu betrachten. Bei der Mobilmachung geht sie vollständig in dem Massenaufgebote der Reserve auf. Mit andern Worten: man will zum reinen *Cadreheer* übergehen, wie wir es oben als Zwischenform zwischen unserem Milizsystem und dem Vorkriegssystem der europäischen Großmächte definiert haben.

Die Anhänger dieses Gedankens argumentieren etwa folgendermaßen:

Der moderne Krieg erfordert die *Mobilmachung des ganzen Volkes*; es genügt nicht, eine noch so starke Armee aufzustellen, sondern die ganze Produktionskraft des Landes muß der Kriegführung dienstbar gemacht werden. Darum hat es keinen Sinn, das Gewicht der Friedensvorbereitung auf eine permanente Armee zu legen, da nicht mehr die Armee allein, sondern die Kraft des ganzen Volkes den Krieg führt; die Armee ist ein Teil der nötigen Kriegsmittel.

Somit ist eine Friedensorganisation notwendig, welche ausschließlich der Vorbereitung der Kriegsmobilmachung des ganzen Volkes dient. Die bisherige „aktive Armee“ soll gar keine andere Aufgabe haben, als den speziell militärischen Teil dieser Arbeit zu besorgen, also die *Ausbildung der wehrpflichtigen Bürger und des Kriegscadres* und — eigentlich ein Teil davon — die *intellektuelle Vorbereitung der militärischen Kriegsführung*. Alles andere ist Sache der Staatsverwaltung überhaupt.

Dies führt zu einer organisatorischen Trennung der bisherigen militärischen Einrichtungen in diejenigen, welche der *Ausbildung*

und diejenigen, welche der *Mobilmachungsvorbereitung* dienen, also eine Scheidung, wie sie General Nollet plante in 1. „*l'organisation territoriale*: Mobilmachungsvorbereitung, Rekrutierung, Kontrollwesen, Vorunterricht — dieser spielt in der Diskussion eine große Rolle —, Pferdestellung, Material, kurz alles, was wir unter „Militärverwaltung“ verstehen, dazu die Organisation der Landesressourcen für den Krieg usw., und 2. die *Truppen*, das heißt den Rahmen, durch welchen alle Wehrpflichtigen zu ihrer Ausbildung hindurchgehen.

Dies ist der wesentliche Inhalt der neuesten *Reorganisationsvorlage Painlevé's vom 29. Januar 1926*, welche die Präsenzzeit auf 1 Jahr herabsetzen will.

Man bemerkt die unverkennbare Annäherung an das Milizsystem.

* * *

Der *Widerstand*, der sich dieser Entwicklung entgegenstemmt, läßt sich auf folgende Hauptprobleme zurückführen, deren Lösung unter dem neuen System große Schwierigkeiten bereitet:

1. Die „*Couverture*“.

Die „*Couverture*“, das heißt die Sicherung der Grenzen vor und während der Mobilmachung, hat in Frankreich seit Jahrzehnten eine außerordentlich bedeutende Rolle gespielt. Seit 1871 wurde der deutsche Besitz von Elsaß-Lothringen nicht bloß politisch, sondern auch strategisch als eine Durchbrechung der natürlichen Ostfront Frankreichs empfunden. Man erachtete diese Gebiete mit ihren starken Festungen und Garnisonen als *Ausfallstellungen* Deutschlands und befürchtete jederzeit einen eigentlichen Ueberfall aus ihnen. Dagegen schützte man sich zuerst seinerseits durch Befestigungen und Verstärkung der Garnisonen, dann aber — und das ist in diesem Zusammenhang das Wichtige — durch *erhöhte Kriegsbereitschaft der Grenzkorps*. Man erreichte sie damit, daß man die Friedensstände dieser Korps erhöhte, so daß sie für die Kriegsmobilmachung bedeutend weniger Reservisten brauchten, als die übrigen Truppen; man teilte ihnen nur Reservisten zu, die in der Nähe der Standorte wohnten, und gab ihnen schon im Frieden Pferde und Material für den Kriegsbestand. Damit beschleunigte man ihre Mobilmachung, die zudem noch so vorbereitet war, daß sie ohne aufsehenerregenden Lärm vor dem eigentlichen Mobilmachungsbefehl für die gesamte Armee durchgeführt werden konnte.

Organisatorisch hatte diese Einrichtung natürlich den Nachteil, daß diese Grenzkorps relativ zuviel Berufscadres und aktive Mannschaften in Anspruch nahmen, die dann in der übrigen Armee fehlten; es entstand eine gewisse Ungleichheit in der Qualität der verschiedenen Heeresseinheiten.

Schon die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit im Jahre 1913 war eine Folge der Schwierigkeiten, welche dieser Gedanke der „*Cou-*

verture“ organisatorisch bereitete: die abnehmende jährliche Rekrutenzahl genügte nicht mehr, die Friedensstände aufrecht zu erhalten. Man hatte also nur die Wahl: entweder die Couverture durch Auflösung von Einheiten absolut, oder durch Herabsetzung ihrer Friedensstände in ihrer Mobilmachungsbereitschaft zu schwächen, oder Bestände und Einheiten nur in der übrigen Armee zu reduzieren und dadurch die Ungleichheit zwischen ihr und der Couverture noch zu verstärken.

Darum 1913 der Entschluß, einen Jahrgang ausgebildeter Soldaten mehr unter der Fahne zu halten.

Schon heute, seit der Einführung der 11½jährigen Präsenzzeit, ist das Problem der Couverture kaum mehr lösbar. Wollte man die frühere erhöhte Bereitschaft des Grenzkorps aufrechterhalten, so müßte man ihnen aus dem Landesinnern Mannschaften, welche einige Monate erster Ausbildung hinter sich haben, zuschieben. Die Ungleichheit zwischen den Grenzkorps und der übrigen Armee würde damit unerträglich und der Dienstbetrieb überall außerordentlich erschwert werden.

Es wird kaum eine andere Wahl bleiben, als auf die Couverture im bisherigen Sinne zu verzichten, ein Entschluß, welcher Frankreich nicht leicht fallen wird.

Immerhin ist zu sagen, daß er erleichtert werden sollte durch die Entwaffnung Deutschlands und die Schaffung einer sog. „entmilitarisierten Zone“ auf dem rechten Rheinufer. Ein strategischer Ueberfall Deutschlands auf Frankreich ist in absehbarer Zeit nicht möglich.

Aber freilich macht man eine neue Militärorganisation nicht für heute oder morgen, sondern für Menschenalter, und wer kann wissen, wie es mit der Entwaffnung Deutschlands in 10 oder 20 oder 30 Jahren stehen wird?

Das Aufgeben der Couverture (zu welcher heute die Besetzung-armee auf dem deutschen linken Rheinufer zu zählen ist) würde allerdings den Verzicht auf einen beliebten Verteidigungsplan gegenüber Deutschland nach sich ziehen, nämlich den, den Aufmarsch der französischen Armee unter dem Schutze der offensiv weit vorgetriebenen Couverture außerhalb der Landesgrenzen zu verlegen, damit der Krieg sich nicht wieder wie 1870/71 und 1914/18 auf französischem Boden abspielen könne. Bei diesem Verfahren glaubte man sogar damit rechnen zu können, unter Umständen die deutsche Mobilmachung durch Vortreiben schnellbeweglicher Kolonnen weit über die entmilitarisierte Zone hinaus gänzlich verhindern zu können.

Mit diesen Plänen ist es aus, wenn die erhöhte Bereitschaft der Couverture aufgegeben werden muß.

Wahrscheinlich ist aber mit der Annahme der 11½jährigen Präsenzzeit der Entscheid darüber schon gefallen.

2. Das Berufscadre.

Auf ein starkes Berufscadre an Offizieren und Unteroffizieren will man nicht — oder sollen wir sagen „noch nicht“? — verzichten. Gewiß nicht ohne Logik:

Die Anforderungen an Wissen und Können des militärischen Führers und Lehrers aller Stufen steigen sozusagen von Tag zu Tag. Wenn man vergleicht, was ein Infanterie- oder Feldartillerieleutnant etwa 1870 wissen mußte, und was heute von ihm verlangt wird, so kann man nicht behaupten, daß der junge Mann es heute weniger nötig hat, seine gesamte Arbeitskraft seiner militärischen Bildung zu widmen, als vor einigen 50 Jahren oder noch früher!

Durch die kürzere Ausbildungszeit der Mannschaften werden die Anforderungen sowohl an den Instruktor als an den Führer im Kriege erhöht. Wenn gesagt wird, daß die Friedensarbeit des Berufsoffiziers im alten stehenden Heere vielfach nicht allzu intensiv gewesen ist und reichlich beschäftigungslose Zeit gelassen hat, so ist das heutzutage ganz anders geworden.

Also lohnende Arbeit für ein starkes Berufscadre hätte man genug und übergenuß. Die Frage ist nur, ob man es auf die Dauer unter den neuen Verhältnissen wird *aufbringen* können!

Seit dem großen Aufschwunge des Wirtschaftslebens etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts ist die *materielle* Lage des Berufsunteroffiziers und -offiziers im Verhältnis zu ihren Standesgenossen im Zivil ständig *gesunken*. Die Besoldungen und sonstigen Bezüge sind relativ stark zurückgeblieben. Reich werden konnte man ja schließlich in diesem Berufe nie; aber wenn man bedenkt, welche Aussichten darauf sich dem jungen Manne im Zivilleben in älteren Zeiten boten und welche heute, so ist der Unterschied unverkennbar, und der wachsende Materialismus macht sich eben, wie überall, auch in den Anforderungen geltend, die man an das Leben stellt.

Und dazu wird der Dienst immer anstrengender; die persönliche Freiheit, die gerade der Franzose sehr liebt, ist stark beschränkt, dienstliche Verhältnisse stören sogar das Familienleben (Versetzungen, unerfreuliche Garnisonen usw.) und zu allem steht immer drohend das Gespenst eintretender Dienstunfähigkeit vor der Tür.

Dann ist das Avancement — namentlich seit dem Kriege — langsam, vielfach an schwierige Prüfungen gebunden. Der regelmäßige Abgang, der sich in der alten preußisch-deutschen Armee dadurch ergab, daß der zahlreiche Landadel nur in den unteren Offiziersgraden Dienst tat und sich dann auf seine Güter zurückzog, spielt in Frankreich keine wesentliche Rolle, und auch der Uebertritt in die Zivilverwaltung ist durch deren Widerstand erschwert.

Endlich fehlt auch der gesellschaftliche Vorzug, den z. B. wieder in Preußen-Deutschland der Degen seinem Träger gab. Der französische Offizier kann nur in tiefem Idealismus, in starker Begeisterung für seinen Beruf, innere Befriedigung finden.

Das ist zweifellos ein nicht zu unterschätzender moralischer Vorteil für die Armee, aber es erleichtert die Rekrutierung des Berufsoffizierkorps nicht, und beim Unteroffizier steht es damit noch schlimmer, wenn auch dort die Aussichten auf die sog. Zivilversorgung etwas besser sind.

Wie schwer das Problem ist, erweist die Tatsache, daß es bis heute trotz großer Anstrengungen nicht gelungen ist, die für erforderlich erachtete Zahl von Rengagés anzuwerben.

3. Das Reservecadre.

Die Qualität des Reservecadres hat *im Kriege* eine sehr hohe Stufe erreicht. Aber es werden heute Zweifel laut, ob nicht die Einschätzung des Instituts überhaupt zu stark auf diesen Kriegserfahrungen fußt, ob es möglich sein wird, das Reservecadre *im Frieden* wenigstens einigermaßen auf dieser Höhe zu erhalten.

Schon vor dem Kriege wurde viel geklagt über ungenügende Ausbildung der Reserveoffiziere. Sie wurden von den Berufscadres häufig als unbequeme Gäste empfunden; nicht überall nahmen sich die Vorgesetzten ihrer Weiterbildung hinreichend an, und oft wurden sie in ihren „Wiederholungskursen“ mit allerlei nebensächlichen Vertretungen beschäftigt, die für ihre Vorbereitung *auf den Krieg* wenig oder nichts nützten.⁸⁾

Es wird eines sehr starken Druckes von oben bedürfen, um diese Uebelstände abzuschaffen.

Gewiß geschieht heute sehr viel für die Ausbildung der Reserveoffiziere. Man hat besondere Instruktionskurse („centres d'instruction“) für sie eingerichtet und überwacht die Verwendung der Reserveoffiziere bei den Truppen. Auch außerdienstliche Ausbildungsgelegenheiten, nicht unähnlich unseren Offiziersvereinen, mit Vorträgen, Kriegsspielübungen und dergleichen, werden geboten.

Aber man liest hie und da Klagen über ungenügende Beteiligung der Reserveoffiziere (also ebenfalls wie bei uns!) und die Lust zur Uebernahme vermehrter Dienstleistungen ist immer noch nicht größer geworden, wobei die schwierigen Verhältnisse im bürgerlichen Erwerbsleben natürlich auch mitwirken.

Die Anhänger der „nation armée“ hoffen allerdings — vielleicht mit Recht — die Zuweisung erhöhter *Verantwortlichkeit* an die Reserveoffiziere unter dem neuen System, ihre Erhebung aus der frühern untergeordneten Stellung gegenüber den Berufsoffizieren und vermehrte Avancementmöglichkeit schon im Frieden würden hier Besserung bringen.

Aber auch in diesem Punkte steht man eben vor einer Frage, welche erst nach langjähriger Praxis wird beantwortet werden können.

⁸⁾ Also eine ähnliche Erscheinung wie häufig bei uns in der Verwendung der Instruktionsaspiranten!

4. Die Ausbildung.

Auch hier wird man von den Anschauungen der alten Armee stark abgehen müssen; ein sehr wichtiger Schritt ist mit der schon oben erwähnten Schaffung von „unités d'instruction“, auf schweizerdeutsch „Rekrutenschulen“, bereits getan.

Das System, daß jede Einheit ihren Ersatz selbst ausbildet, war eine der wichtigsten Grundlagen der alten Heeresorganisation. Es schuf den Korpsgeist, den Zusammenhalt der Einheiten.

Gewiß ist der Grundsatz schon lange durchbrochen worden, nämlich seit der Zeit, als die aktive Armee anfang, mehr Reservisten auszubilden, als sie bei der Mobilmachung in sich selbst aufzunehmen imstande war. Aber man hat doch daran festgehalten, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er seine großen Vorteile hatte.

Man hat trotzdem darauf verzichten müssen, und es hat den Anschein, daß eine noch weitere Entfernung von diesem Grundsatz die logische Folge der Verkürzung der Präsenzzeit ist, namentlich wenn man, wie ziemlich sicher zu erwarten ist, in absehbarer Zeit zur einjährigen Dienstzeit übergehen wird.

Man wird dann zu einer ähnlichen Organisation der Ausbildung kommen müssen, wie wir sie haben, mit Rekrutenschulen, besonderen Schulen für die zahlreichen Spezialisten usw., etwa so, daß man erst im zweiten Teile der Dienstzeit ganze Einheiten zusammenstellt, in denen zuletzt auch im höhern Verband geübt werden kann. Ebenfalls wie bei uns wird man diesen „unités d'instruction“ gewisse Vorbereitungen ganz abnehmen müssen, wie z. B. die Dressur der Reumonten und dergleichen.

Wir wollen hier der Phantasie des Lesers nicht vorgreifen; die vorstehenden Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, wie tief diese unvermeidlichen Aenderungen in die ganze Armeeorganisation einschneiden und wie gewaltig die geistige Umstellung ist, welche sie vom Berufscadre fordern. Hält man sich dies gegenwärtig, so versteht man auch, warum die Reorganisation so lange Zeit erfordert und warum man sich bis heute noch nicht einmal über die Grundlagen hat einigen können.

* * *

Ein Traktandum, von dem man in letzter Zeit auffallend wenig mehr gelesen hat, ist „*L'armée noire*“, die Heranziehung der Eingeborenen der Kolonien, besonders Afrikas.

Bekanntlich hatte Frankreich schon vor dem Weltkriege, namentlich aber während demselben, die lebendige Kraft seiner Koloniaeingeborenen zur Verstärkung der nationalen Armee herangezogen. Es steht uns nicht zu, darüber ein Urteil abzugeben, ob dies politisch klug war.

Nach dem Kriege hoffte man eine Zeitlang sehr stark, eine wesentliche Entlastung der französischen Bevölkerung, namentlich auch

vom Aktivdienst in Deutschland, Marokko, Syrien etc. durch Verwendung von farbigen Soldaten zu erzielen, und in den ersten Reorganisationsprojekten spielte die „armée noire“ eine sehr große Rolle.

Es scheint aber, als ob man inzwischen ziemlich viel Wasser in diesen Wein gegossen hätte. Während Kriegsminister Lefèvre 1920 noch 300,000 Mann Farbige als Friedensstand verlangte, bevor die Präsenzzeit der Franzosen unter 2 Jahre herabgesetzt werden dürfe, hat man seither gefunden, daß dies seine schweren Bedenken habe.

Einmal gibt man jetzt zu, daß man mit den Afrikanern in Europa sanitärisch schlechte Erfahrungen gemacht hat; die Söhne des heißen Erdteils vertragen unser Klima nun einmal nicht. Dann eignen sie sich zu einem großen Teile nicht für die Feinheiten der heutigen Kampftechnik, und man gibt ihnen allzu gefährliche Waffen, wie das Maschinengewehr, überhaupt nicht gerne in die Hand. Auch scheint man in Marokko und Syrien in bezug auf die Zuverlässigkeit von Teilen dieser Truppen unerwünschte Überraschungen erlebt zu haben.

Jedenfalls hat man von den 300,000 Mann, welche Lefèvre verlangte, nie mehr als $\frac{1}{3}$ aufgestellt, und der Bedarf an weißen Cadres für sie ist so hoch, daß neuerdings starke Zweifel an der Möglichkeit der Aufbringung einer wesentlich stärkeren Farbigenarmee geäußert werden; denn für die Führung der Neger und Araber eignet sich nicht jeder beliebige Weiße, ganz abgesehen von dem Erfordernis der Sprachkenntnis.

Auch vom Standpunkte der Kolonialverwaltung erhoben sich Widerstände aller Art, da man in der allzustarken Ausschöpfung der Kolonien wirtschaftliche Nachteile sah.

Endlich ist vielen Franzosen die Einsicht gekommen, daß das Beispiel des kaiserlichen Rom, das seine Kriege durch angeworbene „Barbaren“ führen ließ, sich selber des Waffendienstes entwöhnte und schließlich der Spielball der Söldnerheere wurde, nicht übersehen werden darf. Gewiß wird man im Kriege, im Existenzkampfe, immer auch zu diesem Mittel greifen, aber nur zur Verstärkung, nicht zur Entlastung des Heimatheeres. Wenn der Farbige zu der Auffassung käme, daß er sein Blut statt des Weißen für dessen Schutz vergießt, müßte dies außerordentlich bedenkliche Folgen haben.

So finden wir denn „l'armée noire“ in den neuesten Reorganisationsplänen nicht mehr als Eckpfeiler, und es ist gut, daß dem so ist . . .

* * *

Zum Schlusse wird man vielleicht noch ein Wort über die Frage erwarten, welche Rolle in der Reorganisationsbewegung die *Abrüstungsbestrebungen des Völkerbundes* spielen.

Der französische Offizier würde auf diese Frage lächelnd antworten: „Mais, Monsieur, . . . die ganze Reorganisation ist doch Ab-

rüstung genug, und wir haben damit sogar schon angefangen! Ohne ein gewisses Vertrauen in die Sicherheit, die uns die Existenz des Völkerbundes gewährt, hätten wir niemals soweit gehen können und könnten noch weniger daran denken, noch weiter zu gehen, wie wir zu tun bereit sind.“

Es ist die *Sicherheitsfrage*, welche die ganze französische äußere Politik, und damit auch die Wehrpolitik beherrscht. In der Wandlung der Grundgedanken der Reorganisationsprojekte, welche seit dem Kriegsende zu Tage gefördert worden sind, spiegelt sich die Entwicklung der Politik in bezug auf die Sicherheitsfrage.

Wenn Frankreich im Uebergang von der alten Wehrorganisation zum Cadreheer kaum die Hälfte des Weges bis zu unserem Milizsystem zurücklegt, so betrachtet es dies schon als eine sehr starke Abrüstung und ist überzeugt, damit sehr viel zur Anpassung an das neue „Statut Europa's“ zu tun.

Auch dies ist einer der zahllosen Gründe, warum die Reihe zum Abrüsten noch lange nicht an uns kommt. Wenn wir abwarten, bis die europäischen Großmächte zu unserem Wehrsystem übergegangen sind oder auch nur übergehen *wollen*, dann haben wir noch lange Zeit, uns die Sache zu überlegen. Bis dahin wird aber noch viel Wasser den Rhein hinabfließen. . . .

Die Abrüstungsaktion des Völkerbundes ist überhaupt ein Wechsel auf sehr lange Sicht. Das Problem ist so ungeheuer schwierig und verwickelt, daß es jahrzehntelanger Arbeit und Verhandlungen bedürfen wird, um ein erhebliches Resultat zu Tage zu fördern.

Zunächst hat man noch nicht viel bemerkt, als Bestreben jeder Macht, die Abrüstung dort zu fördern, wo sie ihr nützlich ist: Aus Furcht vor der überlegenen chemischen Industrie Deutschlands verbot man den Gaskrieg (bereitet ihn aber nichtsdestoweniger eifrig vor, weil man ja doch nie wissen kann, ob alle andern sich an das Verbot halten werden); in den Konferenzen über die Beschränkung der Rüstungen zur See kam man zu einer Lösung, die nur als allerbescheidenstes Provisorium angesehen werden kann; usw.

Auf absehbare Zeit besteht jedenfalls keine Aussicht, zu einem andern Resultate zu kommen, als zu einer Festlegung der bestehenden Machtverhältnisse, das heißt einem Verbot an jeden Mindermächtigen, seine Stellung im Kreise der Mächte zu verbessern.

Eine „Abrüstung“ in diesem Sinne trägt aber alle Keime des Mißerfolges in sich; denn niemals wird sich eine aufstrebende Macht auf die Dauer auf eine so künstliche und doktrinäre Art in Schranken halten lassen, welche für andere nicht bestehen.

Vorbedingung einer wirklichen Abrüstung ist die Herstellung eines Gleichgewichtszustandes, von dessen Störung niemand Vorteil erwarten kann. Solange einzelne Staaten Europa's aber als „Besiegte“ in einer Art zweiten Klasse gehalten werden, solange besteht keine Hoffnung, zu einem solchen Gleichgewichtszustand zu kommen. Wir

wollen gar nicht bestreiten, daß der Völkerbund eine Möglichkeit bietet, zu diesem Ziel zu gelangen; aber was bisher in dieser Richtung geschehen ist, kann nur als ein ganz außerordentlich bescheidener erster Schritt auf einem langen, sehr langen Wege betrachtet werden. Die Möglichkeit einer wirklichen Abrüstung liegt erst am *Ende* dieses langen Weges.

Der Gedanke, den Krieg dadurch unmöglich zu machen, daß man die Rüstungen verbietet, ist schlechterdings einfältig. Es gibt keinen andern Ausdruck dafür. Mit solchen Mitteln kann nur arbeiten, wer *befehlen* und seinem Befehl mit Gewalt Achtung verschaffen kann, etwa wie eine Kolonialmacht, welche den Eingeborenen ihrer Kolonien Waffen, Schnaps und dergl. verbietet und jeden Versuch, die verbotene Ware herzustellen oder einzuschmuggeln, mit Gewalt verhindert.

Eine solche übernationale Macht fehlt im Völkerbunde. Also muß die Frage am andern Ende angepackt und zuerst dafür gesorgt werden, daß keine lohnenden Kriegsziele mehr vorhanden sind.

Wie weit wir davon noch entfernt sind, weiß jeder Schulknabe. . . .

* * *

Aus ähnlichen Erwägungen vermögen wir auch an den „Wunschtraum“ nicht zu glauben, der in der neuesten militärischen Literatur hie und da auftaucht: *daß die Zeit der Massenheere vorbei sei* und die Zukunft kleinen, raffiniert ausgerüsteten und ausgebildeten Heeren gehöre, hinter denen die Massen nur als „Kriegsarbeiter“ ständen.

Der Gedanke wird damit begründet, daß die heutigen Anforderungen an Wissen und Können des Soldaten viel zu hoch seien, um ihnen in der kurzen Ausbildungszeit zu genügen, welche dem Massenheere der allgemeinen Wehrpflicht zur Verfügung stehen. Je komplizierter Material und Kampfverfahren werden, umso größer werde die Ueberlegenheit eines gut ausgebildeten, wenn auch kleinen Heeres über unzureichend kriegstüchtige Massen.

Wir sind der Ansicht, daß diese Argumentation an einem unheilbaren Grundfehler leidet:

Gewiß ist *ein* tadellos bewaffneter und ausgebildeter Soldat einer ganzen Reihe schlecht bewaffneter und geübter Gegner überlegen; das ist immer so gewesen und wird immer so bleiben; ebenso ist wahr, daß der Unterschied zwischen einer regulären Truppe und einem bloßen Volksaufgebot heute bedeutend größer ist, als früher. Noch bis zur Einführung des Hinterladers sind entschlossene, mit den primitivsten Hieb- und Stichwaffen, allenfalls noch mit einigen alten Jagdflinten bewaffnete Volkshaufen in genügender Zahl auch für reguläre Truppen oft recht gefährliche Gegner gewesen. Heute ist

das anders: Maschinengewehr, Schnellfeuergeschütz und Panzerwagen in geübter Hand räumen da rasch auf . . .

Aber es hat alles seine Grenzen: einmal kommt doch der Augenblick, wo die Zahl die Qualität aufwiegt.

Bei gleicher Qualität entscheidet die Zahl, und wenn sich auch nicht arithmetisch berechnen läßt, wieviel Quantitätseinheiten auf eine Qualitätseinheit kommen, so ist doch ohne weiteres klar, daß die Möglichkeit eines Saldos von Quantitätseinheiten auch auf Seiten des qualitativ Schwächern besteht.

Kann und darf ein Staat, der einem Existenzkampfe entgegengeht, auf die Aussicht, *durch die Ueberzahl* zu siegen, verzichten? Die Frage stellen heißt sie beantworten.

Damit ist der Wettlauf um die große Armee doch wieder eröffnet, und er hört erst auf, wenn jeder waffenfähige Mann eingereiht ist.

Zu dem einfachen Rechenexempel kommt der tiefere Grund, daß die Zeiten der sogenannten Kabinettskriege, die nur die Herrschenden angingen, den Völkern mehr oder weniger gleichgültig waren, unwiederbringlich dahin sind. Für Ziele, welche nicht die Massen aufwühlen und begeistern, läßt sich der furchtbare Apparat des modernen Krieges nicht einsetzen; der Generalstreik würde ihn im Keime ersticken.

Wenn es heute zum Kriege kommt, dann geht es um Sein und Nichtsein des Staates. Der moderne Kulturmensch aber ist Staatsbürger; sein Leben und Denken ist mit dem Staate enge verbunden. Er kann nicht interessiert, aber innerlich unbeteiligt, zusehen, wie einige wenige dafür bezahlte und ausgebildete Leute die Sache ausfechten, etwa wie der Städter der sachverständigen Arbeit seiner Berufsfeuerwehr zusieht.

Das ist der tiefe Sinn der *allgemeinen Wehrpflicht*; sie wird dem modernen Menschen erst mit der Abschaffung des Krieges auszutreiben sein, also erst, wenn die Völker Europa's etwa so zu einander stehen werden, wie heute die weiland feindlichen Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Land, in denen kein Mensch mehr daran denkt, allfällige Meinungsverschiedenheiten mit Pulver und Blei auszumachen.

Das *anglo-amerikanische System* des kleinen Berufsheeres, welches nach dem Weltkriege in den besiegten Staaten zwangsweise eingeführt wurde, widerspricht dem modernen Staatsgedanken. Es versagt auch mit erbarmungsloser Pünktlichkeit jedesmal, wenn ein wirklich großer Krieg ausbricht, und dann muß mit Geld und Blut aufgewogen werden, was das System versäumt hat.

Und haben etwa England und die Vereinigten Staaten sich durch besondere Friedensliebe vor den sogenannten „Militärstaaten“ ausgezeichnet? Jede Geschichtstabelle für höhere Schulen beantwortet die Frage.

Der Grund, warum die anglo-amerikanischen Staaten mit ihrem System ausgekommen sind, ist ganz einfach ihre Unangreifbarkeit.

Sie haben immer *Zeit*, ihre Massenaufgebote auszuheben, zu rüsten und auszubilden, weil kein Feind in wenigen Tagen ihr Gebiet überschwemmen kann.

Gilt dies für die Vereinigten Staaten noch heute, so muß England schon damit rechnen, daß seine Lage eine andere geworden ist. Ohne auf diese Frage des näheren einzutreten, sei nur angedeutet, daß selbst die mächtigste Flotte gegenüber weittragender Artillerie und starken Luftstreitkräften vielleicht nicht mehr lange den Kanal zu einem unüberschreitbaren Hindernis zu machen vermag . . .

Für die Festlandstaaten bestehen ganz andere Verhältnisse; ihre Empfindlichkeit gegen *rasche* Angriffe ist gegen früher außerordentlich gewachsen, und Verteidigungsmittel, welche nicht in den allerersten Tagen des Krieges vollständig bereit zur Verfügung stehen, haben für diese Staaten nur sehr fraglichen Wert.

Heute, wo die Kanonen zwei und mehr Tagemärsche weit schießen, das Automobil in wenigen Stunden, das Flugzeug in wenigen Minuten Tagemarschentfernungen zurücklegen, ist der Faktor *Zeit* im Kriege, und gerade bei Kriegsbeginn, noch unendlich viel wichtiger geworden, als er es jemals war.

Darum kann und darf kein europäischer Staat, solange der Krieg nicht ganz abgeschafft ist, eine Organisation wählen, welche erst bei Kriegsgefahr in's Leben tritt und dann erhebliche Zeit zur Bereitstellung von Armeen verlangt. Man stelle sich nur vor, wie es Frankreich 1914 ergangen wäre, wenn es bei Kriegsausbruch nur wenige hunderttausend Mann sofort verfügbar gehabt und für die Aufstellung des übrigen Heeres auch nur soviel Zeit gebraucht hätte, wie England, um die allerersten „Kitchenerdivisionen“ an die Front zu bringen . . .

Der Einwand, daß ja angenommen werden müsse, der Kriegsgegner sei selbst in derselben Lage, daß 1 : 1 genau dasselbe sei wie 10 : 10, erledigt die Frage nicht. Schon deshalb nicht, weil ja der Völkerbund die Stärke der erlaubten Friedensheere festsetzen will und unmöglich jedem Staate dieselbe Höchstzahl zusprechen kann. Also wäre die organisatorisch schwächere Partei von vorherein im hoffnungslosen Nachteil. Und wenn die Zahlenunterschiede nur so gering ausfielen, daß sie über Sieg und Niederlage nicht entschieden, so bliebe die Existenz des einzelnen Staates von Zufällen des Kriegsglückes abhängig oder wie in früheren Zeiten davon, wem im entscheidenden Augenblick gerade ein überragend genialer Feldherr zur Verfügung steht. Darauf kann kein Staat seine ganze Zukunft stützen. Wenn gerade seit dem Weltkriege die Klage laut geworden ist, daß der Krieg der Massen die Kriegskunst zu grunde gerichtet habe, so ist dies nichts anderes als die Klage der letzten Ritter, daß Pulver und Blei ihrem vornehmen Handwerk ein Ende gemacht haben. Das

Massenaufgebot schaltet bei der Entscheidung eine Menge von Zufällen aus und gestattet die Wiedergutmachung von Mißerfolgen. Gerade Frankreich bietet 1870/71 einerseits und 1914/18 andererseits ein sprechendes Beispiel: 1870/71 Entscheidung des Krieges durch die ersten Niederlagen des stehenden Heeres; 1914/18 Ueberwindung der anfänglichen Mißerfolge durch die zähe Kraft des ganzen Volkes.

Darum sehen wir auch, daß das heutige Frankreich in seinen Reorganisationsplänen keineswegs die Richtung auf das anglo-amerikanische Wehrsystem nimmt, sondern unbeirrt auf dem Boden der *allgemeinen Wehrpflicht* bleibt. Von ihrer Abschaffung oder auch nur Einschränkung ist überhaupt nicht die Rede.

Ob die Entwicklung, welcher das französische Wehrwesen heute entgegenzugehen scheint, weiterschreiten oder stillstehen oder sich zurückbilden wird, hängt von vielfältigen Umständen der innern und äußern Politik ab, und in politischen Dingen ist das Prophezeien noch mißlicher als in vielen andern.

Es konnte gar nicht der Zweck dieser Zeilen sein, eine Prognose zu stellen, sondern nur, zu zeigen, daß auch in friedlichen, ja vielleicht kriegsmüden Zeiten die Entwicklung nicht stille steht und Dinge vor sich gehen, welche eben so viel Beachtung verdienen, in gewisser Hinsicht vielleicht wichtiger sind, als der historische Rückblick auf die kriegerischen Ereignisse selbst, in deren Schatten sie sich vollziehen.

Die Verwendung der Sap. Komp. I/5 im Verbands der 5. leichten Manöverdivision.

Eine Entgegnung.

(Vergl. Allgem. Schweiz. Militär-Zeitung 1926, Nr. 2, S. 78 ff.)

Von Oberst *Züblin*, Kdt. Inf.-Brig. 14, Zürich.

Die Betrachtungen des Herrn Hauptmann Streuli, Kdt. Sap. Kp. I/5, in der Februarnummer dieses Blattes über die Verwendung seiner Sap. Kp. in den letztjährigen Manövern der 5. leichten Division veranlassen mich als damaligen Kommandanten dieser Manövereinheit zu einigen Bemerkungen, sowohl weil die erwähnten Ausführungen zum Teil einer Richtigstellung bedürfen, als weil sie teilweise grundsätzliche Fragen zur Diskussion stellen, über die man in der Armee zu einer einheitlichen Auffassung gelangen sollte.

Wenn Hauptmann Streuli sagt, die Sap. Kp. sei in den meisten Fällen auch technisch die Einheit, die ohne zwingenden Grund nicht auseinandergerissen werden sollte, so ist dazu zu bemerken, daß diese Regel sich zwar theoretisch schön anhört, für unsere Verhältnisse aber praktisch unhaltbar ist, insbesondere im Bewegungskrieg. Wir sind durch allerlei Erwägungen, die ich hier nicht zu erörtern habe, dazu gekommen, die Länge der auf eine Straße zu setzenden Kolonnen